

Beirat Mitte einstimmiger Beschluss vom 16.4.2012

Verantwortung für den Lärmschutz ernst nehmen! Jetzt ist die Bürgerschaft am Zug

Der Beirat hat auf seiner Sitzung vom 15.3.2012 beschlossen, den Verkauf der Grundstücke für den Bau der Oldenburger Kurve solange abzulehnen, wie kein substantiell verbesserter Lärmschutz, für die an den Schienenstrang angrenzenden Wohngebiete, zugesagt ist. (vergl. Anlage)

Die Staatsräte des Umwelt-, Bau- und Verkehrsressorts und des Ressorts für Wirtschaft und Häfen haben deshalb am 25.03.2012 Verhandlungen mit der DB Netze geführt, in denen sie versucht haben die Bahn für mehr Lärmschutz zu gewinnen.

Die DB Netze hat angeboten, sogenannte besohlte Schwellen auf der Breitenweg-Brücke und dem anschließenden alten Ast der Oldenburger Kurve einzubauen und den Einbau einer Schienenschmiereinrichtung an den Kurven zu prüfen. Ferner soll, soweit es der Betriebsablauf zulässt, der Verkehr nachts in erster Linie über die mit Lärmschutzwänden ausgestattete neue Oldenburger Kurve geführt werden. *

Diese Maßnahmen sind sicher sinnvoll, vor allem aber sind sie kostengünstig und im Ergebnis leisten sie leider nicht was nötig ist, um die lärmgeplagten Wohngebiete spürbar zu entlasten.

Diese Auffassung wird auch bestätigt durch eine vertiefende Untersuchung über den Wirkungsgrad von Lärmschutzmaßnahmen, die in den letzten zwei Wochen im Auftrag des Umweltressorts durch das Lärmkontor Hamburg, durchgeführt wurde. Diese Untersuchung konzentriert sich auf die Umgebung der Breitenweg-Brücke. Um die dringend nötige Absenkung des rechnerischen Dauerschallpegels in den Wohngebieten Struckmannstraße und Doventor auf Werte unter 60 dB(A) in der Nacht zu erreichen, ist es nötig Lärmschutzwände auf der westlichen und der östlichen Seite der Breitenweg-Brücke zu errichten und diese Wand auf der östlichen Seite bis zum „Papageienhaus“ fortzusetzen.

Auch diese Untersuchungen bestätigen die Auffassung des Beirats, dass die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Bahn ungenügend sind. Der Beirat sieht daher die Voraussetzungen für eine Zustimmung zum Verkauf der Grundstücke noch nicht als gegeben an.

Der Beirat sieht, wie der Gutachter des Umweltressorts, erheblichen Bedarf für weitere Lärmschutzmaßnahmen.

In einer großen Zahl von Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen hat der Beirat den Eindruck gewonnen, dass keine verantwortliche Politikerin und kein verantwortlicher Politiker die Berechtigung und Dringlichkeit der Forderung nach besserem Lärmschutz an den Gleisen der Bundesbahn bestreitet.

Es ist auch klar geworden, dass Bremens Politik des Ausbaus der Häfen und der Förderung der Logistikgeschäfte zwingend ergänzt werden muss durch energische Maßnahmen zur Reduzierung der Nebenwirkungen. Verantwortliche Politik darf die Bürgerinnen und Bürger, die neben den Bahnstrecken wohnen, mit dem gesundheitsgefährdenden Lärm der Güterzüge nicht sich selbst überlassen.

Deshalb setzt der Beirat darauf, dass eine Beratung dieser Frage in der Bürgerschaft dazu führen wird, dass die Abgeordneten einen Bremer Weg zu mehr Lärmschutz öffnen werden. Der Beirat ist entschieden dafür, die Bahn mit allen rechtlichen und politischen Mitteln zu mehr Lärmschutz zu verpflichten, der Beirat ist aber gleichzeitig der Auffassung, dass die

Zeit des Versteckspiels hinter den Zuständigkeiten vorbei ist. Bremen hat Verantwortung für den Lärmschutz und muss jetzt handeln.

Vor diesem Hintergrund

- hält der Beirat an seiner Ablehnung des Grundstücksverkaufs fest.
- beantragt der Beirat, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 24.04.2012 gesetzt wird und dass der Beiratssprecher das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger dort vortragen darf.

- darüber hinaus hat die Bahn am Rande des Planfeststellungsverfahrens für die Oldenburger Kurve zugesagt im Bereich des Stephaniviertels und im Bereich der Nikolaistraße im Zuge des Programms zur „freiwilligen Sanierung“ Lärmschutzwände zu errichten.

Anlage 1. : Auszug aus dem Gutachten.

Anlage 2. : Beschluss des Beirats vom 15.3.2012